

EU-Wahl 2024

Antworten der kandidierenden Parteien und Listen zum Geld- und Finanzsystem

Als Genossenschaft für gemeinwohlorientierte Finanzdienstleistungen ist uns ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld wichtig. Dazu gehören auch ein Bankenwesen und Regeln für Finanzmärkte, die zu wirtschaftlicher Stabilität beitragen und den Menschen dienen, sowie eine demokratische Mitbestimmung der Geld- und Finanzpolitik. Die jeweiligen Programme zur bevorstehenden EU-Wahl am 9. Juni 2024 behandeln diese Themen oft nur am Rande. Der Digitale Euro, dessen geplante Einführung in der kommenden Gesetzgebungsperiode jedenfalls auf der Agenda der EU-Kommission und auch des EU-Parlaments stehen wird, findet beispielsweise in keinem einzigen Wahlprogramm Erwähnung. Deshalb haben wir elf Fragen zur Geld- und Finanzpolitik formuliert und alle wahlwerbenden Parteien um ihre Antworten ersucht.

Beantwortet wurden unsere Fragen von der FPÖ, den Grünen, NEOS und der KPÖ. Die Liste DNA, ÖVP und SPÖ haben uns leider keine Antworten übermittelt. Hier sind die Antworten im Wortlaut:

Frage 1: Wie steht Ihre Partei zur Einführung von Größenbegrenzungen privater Geschäftsbanken?

Begründung: Großbanken werden allgemein als Risiko für den Finanzmarkt angesehen. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Problem des Finanzmarkts, das sich im Lauf der Geschichte wiederholt gezeigt hat (vom Zusammenbruch der österreichischen Creditanstalt in den 1930er Jahren bis zur Übernahme der Credit Suisse durch UBS 2023). Ein konkretes Risiko besteht darin, dass Bankenrettungen durch die öffentliche Hand zu Verlusten durch zusätzliche Schulden und höhere Zinszahlungen führen. Allein zwischen 2008 und 2015 waren dies mehr als 213 Mrd. Euro. Aktuell entspricht z.B. die Bilanzsumme der "global systemrelevanten" Schweizer Großbank UBS rund 240% des Schweizer BIPs, jene der spanischen Santander über 120% des BIPs Spaniens. Dies führt zu einem erheblichen Einfluss dieser Geldinstitute auf Regierungen, Politiker:innen, Staaten und die Wirtschaft.

FPÖ: Zusammengefasst zu den Fragen 1 – 5, 8 + 9:

Sämtliche Fragen sind vorab von der heimischen Bankenaufsicht zu beurteilen. Es braucht für die Banken klare und langfristige Regelungen. Rückwirkende Änderungen kann es nur unter Wahrung des Grundsatzes der Proportionalität geben.

Für den Fall von möglichen Finanz- und Banken Krisen braucht es ein funktionierendes Frühwarnsystem, um einerseits die Bankkunden und andererseits den Finanzplatz Österreich zu schützen.

In Bezug auf die Banken sehen wir unsere Aufgabe primär im Schutz der Kunden und ihrer Anlagen, insbesondere in Zeiten von Post-Corona und Wirtschaftskrisen mit steigenden Preisen und extrem hoher Inflation.

Die Bürger haben vor 15 Jahren vielen Banken die Existenz gerettet bzw. den von ihnen verursachten Schaden bezahlt. Jetzt sind sie dran, den Menschen in Österreich – Ihren Kunden! – die finanzielle Existenz zu sichern.

Unsere Forderungen:

- Weitergabe von Zinsänderungen: Beseitigung der derzeitigen Schieflage - Gleichzeitige Weitergabe von Zinsänderungen an Sparer und Kreditnehmer
- Sofern regulatorische Maßnahmen nicht ausreichen, umgehende Einführung steuerlicher Maßnahmen (z.B. Übergewinnbesteuerung oder Erhöhung der Stabilitätsabgabe)
- Mehr Transparenz im Bankbereich – z.B. durch die Einführung einer Zinsdatenbank

- Abschaffung von Scheingewinnbesteuerung – Berücksichtigung der Inflationsrate bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage bzw. alternativ Aussetzung der KEST auf Sparzinsen, solange die Sparzinsen niedriger als die Inflationsrate sind.
- Streichung von Spesen für die Einzahlung per Erlagschein an Behörden

GRÜNE: Große Banken haben mehr Mittel zur Einflussnahme auf Markt und Politik. Deswegen müssen die Institutionen, die über sie wachen, weiter gestärkt werden. Die europäischen Kartellbehörden verhängen regelmäßig Strafen in Millionenhöhe gegen Bankenkartelle, die den Wettbewerb in Europa verzerren. Ebenfalls zentral für die funktionierende Bankenunion sind die gemeinsame Aufsicht und die neuen Abwicklungsregeln für Großbanken, welche Rettungsmaßnahmen aus Steuergeldern verhindern sollen. Eine absolute Größenbegrenzung müsste im Verhältnis zur gesamten Europäischen Union diskutiert werden, nicht im Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten, in denen Banken ansässig sind.

NEOS: Wir sind gegen eine gesetzliche Größenbegrenzung privater Geschäftsbanken. Systemrelevante Finanzinstitute in der EU unterliegen bereits jetzt einer verstärkten Aufsicht durch die Europäische Bankenaufsicht. Zudem bestehen für sie strengere Eigenkapitalanforderungen.

KPÖ: Die KPÖ steht prinzipiell auf dem Standpunkt, dass Banken und Versicherungen in öffentliche Hand gehören. Diese kann und muss entscheiden, welche Größe der Institute den jeweiligen Aufgaben entsprechend zweckmäßig ist. Beim Fortbestehen von Privatbanken in der jetzigen Form, ist eine starke Regulierung des Finanzmarktes wünschenswert, um Banken möglichst wenig Anreize für risikoreiches Verhalten zu geben, das am Ende von der Allgemeinheit bezahlt werden muss. Dabei ist eine strenge Regulierung von großen Banken Voraussetzung, denn gerade diese können leider oft auf staatliche Hilfen spekulieren.

Frage 2: Wie beurteilt Ihre Partei die - auch rückwirkende, d.h. für bereits bestehende Banken - Einführung eines sog. Trennbankensystems, d.h. die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken?

Begründung: Die Forderung einer Wiedereinführung des Trennbankensystems war eine zentrale Forderung zur Stabilisierung des Bankwesens nach der Finanzkrise ab 2007. Ein solches war in den USA 1933 mit dem sog. Glass Steagal Act eingeführt und 1999 aufgehoben worden. In Österreich traten nach einer Reform des Bankwesengesetzes Anfang 2024 strengere Bestimmungen für neue Bankkonzessionen in Kraft. Diese betreffen allerdings nicht die große Mehrheit der bereits bestehenden und den Finanzmarkt prägenden Finanzinstitute.

GRÜNE: Zwischen das Investmentbanking und Einlagengeschäften von Bürger:innen gehört eine Brandmauer – niemals sollten Bürger:innen um ihr Ersparnis zittern müssen, weil Investmentbanker sich verschätzt haben. Eine rückwirkende Trennung ist aktuell keine realistische politische Alternative, deshalb müssen beim Auf- und Umbau der europäischen Kapitalmarkt- und Bankenunion die richtigen Weichen gestellt werden: Wir setzen uns für mehr Rechte der gemeinsamen Aufsicht ein, auch um rechtzeitig angemessene Kapitalquoten zu verordnen und wir fordern maximale Transparenz für Verbraucher:innen, die Bankgeschäfte und Investments tätigen.

NEOS ist gegen die Einführung eines Trennbankensystems, da das Universalbankensystem in Österreich und Europa seit langem erfolgreich verankert ist. Ein Trennbankensystem kann Krisen im Banken- und Finanzsystem nicht verhindern. Davor schützen nur die geeignete Regulierung und Aufsicht im Bankensektor, sowie eine Geldpolitik, die nicht durch künstlich niedrige Zinssätze zur Bildung von Vermögenspreis-Blasen beiträgt.

KPÖ: Solange es private Banken gibt, ist das Trennbankensystem vorzuziehen.

Frage 3: Unterstützen Sie den Vorschlag der generellen Erhöhung der erforderlichen Eigenmittel auf mindestens 20% oder einen weiteren Ausbau der wachsenden progressiven Kapitalanforderungen für systemrelevante Großbanken? Hat Ihre Partei andere Vorschläge zum Thema Eigenkapital-Anforderungen an die Banken?

Begründung: Eine schrittweise Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wäre eine Maßnahme zur Eingrenzung der Risiken systemrelevanter Banken. Auf EU-Ebene sind aktuell laut Eigenkapitalverordnung und Eigenkapitalrichtlinie rund 8% vorgeschrieben. Manche Expert:innen fordern mittelfristig eine Erhöhung auf 20 - 30%. In den USA wird derzeit eine Anhebung um 20% diskutiert. Auch könnten die Eigenkapitalanforderungen mit der Bilanzsumme ansteigen. Aktuell benötigen sog. systemrelevante Banken zwischen 1 und 3,5% zusätzlichen Kapitalpuffer

GRÜNE: Trotz Rekordgewinnen der Banken stellt die zunehmend fragile Weltordnung ein Risiko für europäische Institute dar. Wir stehen einer weiteren Erhöhung der Kapitalanforderung deswegen positiv gegenüber, auch die Progressivität ist ein wichtiges Element. Statt einer pauschalen Vorgabe von 20 Prozent sollten den Aufsichtsbehörden weitere Instrumente an die Hand gegeben werden, um im Bedarfsfall die Kapitalanforderungen einzelner Institute zu erhöhen. Wir fordern insbesondere, dass neben Risiko-Indikatoren auch die ökologische und soziale Ausrichtung der Kreditvergabe in die Berechnung von Eigenmittelanforderungen einfließt.

NEOS unterstützen eine starke Eigenkapitalbasis für Banken. Wir halten risikoadjustierte Eigenkapitalerfordernisse für sinnvoll, die die individuelle Risikoposition und Systemrelevanz der Banken berücksichtigt. Der bestehende EU-Rahmen garantiert aus unserer Sicht eine zufriedenstellende Eigenkapitalausstattung der Banken. NEOS ist aber offen für Diskussionen über intelligente Regulierungen, die die Resilienz des Finanzsystems weiter stärken, ohne die Kreditversorgung der Realwirtschaft zu gefährden.

KPÖ: Höhere Eigenkapitalanforderungen sind sinnvoll. Sie sind aus den enormen Gewinnen der letzten Jahre zu finanzieren.

Frage 4: Was tut Ihre Partei, um Genossenschaftsbanken und Sparkassen zu stärken? Wie steht sie zum Vorschlag einer „asymmetrischen Regulierung“ und welche Schritte würde Ihre Partei in diese Richtung vorschlagen?

*Begründung: Um kleine und regionale Genossenschaftsbanken und Sparkassen zu stärken, schlagen manche Expert*innen, 2017 auch die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA), eine sog. „asymmetrische Regulierung“ vor: Für kleine Banken soll der Regulierungsaufwand geringer sein als für größere.*

GRÜNE: Schon jetzt kennt der Rechtsrahmen eine „asymmetrische Regulierung“: kleinere Institute werden im Zuge des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) von nationalen Behörden beaufsichtigt und haben teilweise geringere Berichtspflichten aufgrund ihrer Größe. Außerdem kennt das Recht zahlreiche Ausnahmen für den Sparkassensektor, etwa bei der Einlagensicherung oder beim Abwicklungsrecht. Da weite Teile der Bankenregulierung der Stabilität von Instituten und der Wahrung von Konsument:innenrechten dient, würde eine weitere Bevorzugung des Sektors aus unserer Sicht nicht zu einer Stärkung sondern zu einer Schwächung führen.

NEOS halten eine risikoadjustierte Regulierung für sinnvoll, die die Größe, individuelle Risikoposition und Systemrelevanz von Banken berücksichtigt. Neben der Absicherung gegen Finanzmarktrisiken muss eine Regulierung auch für faire Wettbewerbsbedingungen

im Bankensektor sorgen. Wir müssen vermeiden, dass kleinere, risikoarme Institute "zu Tode reguliert", bzw. von Bürokratie erschlagen werden. So gesehen ist eine differenzierte Regulierung entsprechend der Institutgröße durchaus sinnvoll.

KPÖ: Beispiele der letzten Jahre (Bank Burgenland, Comerzbank Mattersburg, Volksbank Villach und Hypo Alpe Adria) zeigen, dass es - ob groß oder klein- nicht genug Kontrolle geben kann. Die KPÖ fordert das Überführen von Banken in die öffentliche Hand, um deren Ziele an den Interessenten der Allgemeinbevölkerung auszurichten.

Frage 5: Welche Maßnahmen zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels schlägt Ihre Partei konkret vor?

Begründung: Der sogenannte Hochfrequenzhandel (High Frequency Trading: HFT) macht in den USA und in Europa nahezu 50 Prozent des Handelsvolumens aus. Der Hochfrequenzhandel mag unter Umständen zur Liquidität des Kapitalmarktes beitragen, ihm fehlt aber der grundlegende gesellschaftliche Nutzen: die Bereitstellung von Kapital für realwirtschaftliche und produktive Zwecke. Die von Maschinen ausgeführte, extrem kurzfristige Spekulation auf Preisdifferenzen erhöht zudem die Volatilität des Marktes.

GRÜNE: Die Grünen setzen sich auf EU-Ebene seit vielen Jahren für die Begrenzung von Hochfrequenzhandel und Nahrungsmittelspekulation sowie für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. Die Finanztransaktionssteuer ist auch die Grundlage für eine Begrenzung von algorithmischem Wertpapierhandel, bereits minimale Steuersätze können den Hochfrequenzhandel und Spekulationen eindämmen. Langfristige Investitionen in die Realwirtschaft sind davon quasi nicht betroffen.

NEOS: Aus unserer Sicht muss der Hochfrequenzhandel nicht beschränkt werden. Zustimmung würden wir jedoch einer europaweit akkordierten geringfügigen Finanztransaktionssteuer auf bestimmte Produkte wie Derivate, Devisen, Hochfrequenzhandel und außerbörsliche Transaktionen, nicht jedoch für börsliche Käufe und Verkäufe von Wertpapieren.

KPÖ: Der Spekulation am Finanzmarkt muss ein Ende gesetzt werden. Eine wirksame Maßnahme dafür wäre eine Mindestbehaltefrist von Wertpapieren von z.B. einem Tag.

Frage 6: Befürwortet Ihre Partei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer? Falls ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie dafür zu setzen? Falls nein, warum nicht?

Begründung: Neben Einkünften für den Staatshaushalt würde eine Finanztransaktionssteuer zu mehr Transparenz auf den Finanzmärkten führen. Dadurch könnte sie dazu beitragen, sichtbar zu machen, welche Zwecke Finanzgeschäfte verfolgen: ausschließliche Gewinnerzielung oder realwirtschaftlicher Nutzen.

FPÖ: Die FPÖ ist gegen die Einführung neuer Steuern. Das Budget sollte ausgabenseitig saniert werden und nicht durch neue Steuern.

GRÜNE: Ja, es braucht eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, idealerweise koordiniert mit anderen globalen Finanzzentren. Rund um das Thema braucht es jetzt einen globalen Diskurs, um wie bei der Mindeststeuer für Unternehmen eine weltweite Lösung zu finden.

NEOS: Generell halten wir eine Finanztransaktionssteuer nur dann für sinnvoll, wenn diese weltweit eingeführt wird. Zustimmung würden wir jedoch einer europaweit akkordierten geringfügigen Finanztransaktionssteuer auf bestimmte Produkte wie Derivate, Devisen, Hochfrequenzhandel und außerbörsliche Transaktionen, nicht jedoch für börsliche Käufe und Verkäufe von Wertpapieren. Wir stehen neuen Steuern generell kritisch gegenüber.

Belastungen durch neue Steuern sollten jedenfalls durch Reduktion oder Abschaffung anderer Steuern reduziert werden.

KPÖ: Das ist eine langjährige Forderung der KPÖ. Eine Abschaffung des Bankgeheimnisses gerade für Unternehmen wäre darüber hinaus wünschenswert.

Frage 7: Wie steht Ihre Partei zu einer Prüfung und Klassifizierung von Finanzprodukten, ähnlich wie bei technischen Produkten (z.B. CE-Kennzeichnung oder TÜV)?

Begründung: Finanzprodukte haben große Auswirkungen auf das Wohlergehen weiter Teile der Gesellschaft. Deutlich wurde dies z.B. nach dem Platzen der Immobilienblase - der solche Finanzprodukte zugrunde lagen - in den USA ab 2007, in deren Folge nicht nur viele Menschen ihr Zuhause verloren, sondern auch die globale Finanzkrise ihren Ausgangspunkt nahm.

FPÖ: Grundsätzlich stehen wir einer derartigen Idee positiv gegenüber, sind aber bzgl. der Umsetzbarkeit skeptisch, da Finanzprodukte in keinsten Weise mit technischen Produkten vergleichbar sind und zudem von vielen sich ständig ändernden Bedingungen wie etwa Zinsentwicklungen oder Inflation beeinflusst werden.

GRÜNE: Eine technische Prüfung einzelner Finanzprodukte aus staatlicher Hand wäre eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Es sollte Aufgabe der Finanzaufsichtsbehörden, insbesondere der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtbehörde (ESMA) und in Österreich der Finanzmarktaufsicht (FMA), sein, die Blasenbildung und den Missbrauch von bestimmten Finanzinstrumenten rechtzeitig zu erkennen. Dafür müssen die Behörden gut ausgestattet sein, um mit Innovationen im Finanzsektor Schritt halten zu können.

NEOS wollen Transparenz und Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Eine Klassifizierung von Finanzprodukten, z.B. nach Risiko, kann dazu beitragen, die Qualität und Sicherheit für Anleger zu erhöhen und das Vertrauen in den Finanzmarkt zu stärken. Es muss aber darauf geachtet werden, dass Innovationsfähigkeit und Effizienz des Marktes nicht durch übermäßige Bürokratie eingeschränkt werden. Als NEOS setzen wir aber vor allem auch auf mehr Angebote zu „Financial Literacy“.

KPÖ: Hier ist die FMA gefordert für maximale Transparenz zu sorgen.

Frage 8: Sind Sie dafür, das Privileg der Geldschöpfung privater Geschäftsbanken durch die Kreditvergabe mit einer nicht ausschließlich monetären Prüfung zu verbinden, d.h. auch mit einer verpflichtenden Evaluierung des realwirtschaftlichen Nutzens bzw. der Auswirkungen einer Investition auf das Gemeinwohl?

Begründung: Mit der Banklizenz erhält jede Geschäftsbank zugleich das Privileg der Schöpfung von Giralgeld, welches ihr ermöglicht, die Geschäftstätigkeit unabhängig vom Volumen der Spareinlagen auszuweiten. Mehr als 80% des Geldes werden von privaten Banken durch Kredite geschöpft. Nur 40% des geschöpften Geldes wandert über Kreditvergabe in die Realökonomie, während rund 60% im monetären bzw. nominalen Finanzsektor zur Spekulation mit Wertpapieren und Derivaten verbleibt.

GRÜNE: Die Realwirtschaft soll wieder stärker in den Fokus rücken, um das Finanzsystem nachhaltig zu stabilisieren. Dazu ist eine wirksame Finanz- und Kapitalmarktregulierung notwendig, die Investitionen in die Realwirtschaft fördert und eine Eigenkapitalausstattung vorschreibt, die den tatsächlichen Risiken in den Bankbilanzen gerecht wird. Durch differenzierte Kapitalanforderungen für nachhaltige, taxonomiekonforme Aktivitäten können kleinere, lokal wirtschaftende Institute zusätzlich gestärkt werden.

NEOS: Geschäftsbanken sind in einer sozialen Marktwirtschaft regulatorischen, gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Notwendigkeiten unterworfen. Diese Faktoren bestimmen auch die Kriterien für Kreditvergaben. Nachhaltigkeitsfaktoren entlang der ESG (Environmental, Social, Governance) bestimmen zunehmend auch die Kreditvergabe von Banken. Es sollte die Aufgabe des Gesetzgebers sein, mit klaren Rahmenbedingungen Anreize zu setzen, auch für bankfinanzierte Investitionen (z.B. wird ein höherer CO2-Preis Investitionen in die Kohleindustrie zu einem hochriskanten Geschäftszweig machen).

KPÖ: Genau aus diesem Grund ist die KPÖ für öffentliches Eigentum im Finanzsektor.

Frage 9: Unterstützt Ihre Partei die Schaffung eines Rechtsrahmens, der zwischen Banken, Versicherungen und auch Vermögensverwaltern, deren Geschäftsgebaren vorrangig am Gemeinwohl orientiert ist, und solchen, die vorrangig am Profit-/shareholder value orientiert sind, unterscheidet? Wenn ja, durch welche konkreten Maßnahmen?

Begründung: Zwischen 2016 und 2022 investierten Großbanken 5 Bio. USD alleine in fossile Energien. Dies läuft den europaweiten Zielen in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende oder soziale Gerechtigkeit zuwider. Aktuell wird auf EU-Ebene die sog. Green Claims Directive diskutiert, die Greenwashing durch Banken erschweren soll. Ein rechtlicher Rahmen, der nachhaltige Banken z.B. durch vereinfachte Regeln oder steuerliche Vergünstigungen bevorzugt, wäre eine alternative Maßnahme, die nicht auf der Produkt-, sondern auf der institutionellen Ebene ansetzen würde.

GRÜNE: Wir treten dafür ein, dass Banken entsprechend der Komplexität ihres Geschäftsmodells, der Risiken ihrer Veranlagungen und der Höhe ihrer Bilanzsumme reguliert werden. Durch die neuen Transparenzvorschriften für grüne Aktivitäten (SFDR) und der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) werden gemeinwohlorientierte Banken deutlich besser dastehen als konventionelle Institute.

NEOS befürworten Maßnahmen, die nachhaltiges und ethisches Wirtschaften fördern, wie z.B. die Einführung von Nachhaltigkeitszertifikaten oder die Berücksichtigung von nachhaltigen Anlageprodukten in der Regulierung. Wir halten es jedoch nicht für notwendig, einen jeweils eigenen Rechtsrahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit von gewinnorientierten und gemeinnützigen Unternehmen im Finanzsektor zu schaffen.

KPÖ: Ein entsprechendes Zertifikat wäre sinnvoll, aber es kommt auf die Definition des Gemeinwohls und auf die entsprechende Kontrolle an. Die tatsächliche Orientierung am Gemeinwohl ist unsere Erachtens nach nur über die Überführung von Banken in gesellschaftliche Hand möglich.

Frage 10: Befürwortet Ihre Partei die Einführung eines Digitalen Euros? Falls ja, welche Forderungen stellen Sie an seine konkrete Ausgestaltung, z.B. ein Haltelimit von 3.000 Euro?

Begründung: Aus heutiger Sicht wird die Einführung eines Digitalen Euros als sicher angesehen. Dies wäre ein Schritt in Richtung eines öffentlichen digitalen Geldes. Viele Menschen sind diesbezüglich verunsichert, fühlen sich schlecht informiert und befürchten eine Abschaffung des Bargeldes. Die genaue Ausgestaltung des Digitalen Euro wird den neu zusammengesetzten EU-Institutionen obliegen.

FPÖ: Aus derzeitiger Sicht lehnen wir die Einführung eines digitalen Euros ab – wir stehen für die Verankerung von Bargeld in die Verfassung.

Beim digitalen Euro gibt es keinen Datenschutz und keine Anonymität. Wir sind und bleiben hier klare Verfechter des Bargelds.

GRÜNE: Ja, wir treten für die Schaffung und breite Verwendung des digitalen Euros als Ergänzung zum Euro-Bargeld ein. Der digitale Euro bietet drei Vorteile gegenüber den aktuellen virtuellen Zahlungssystemen: Erstens werden Daten und Infrastruktur in der Eurozone verbleiben. Zweitens steht der digitale Euro jede:r Bürger:in offen und ist somit die inklusivste Alternative – dafür braucht es auch die aktive Unterstützung nationaler Behörden. Und drittens entfallen die meisten Zahlungsentgelte - das macht das Angebot auch für den Handel attraktiv.

NEOS steht digitalen Innovationen grundsätzlich sehr offen gegenüber. Wir stehen zudem klar hinter dem Euro, als gemeinsame europäische Währung. Allerdings macht der Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission zur Einführung des digitalen Euros nicht hinreichend klar, welchen konkreten Vorteilen der digitale Euro für Europas Bürger:innen und Unternehmen bringen soll. Demgegenüber sind wichtige Fragen aus unserer Sicht nicht befriedigend geklärt, wie z.B. der Schutz der Privatsphäre der Nutzer:innen.

KPÖ: Wir glauben nicht, dass der digitale Euro einen gesellschaftlichen Fortschritt schaffen kann oder wird.

Frage 11: Wie steht Ihre Partei zur Nutzung (direkt)demokratischer Formen der Mitgestaltung des Geld- und Finanzsystems?

Begründung: Über zentrale Fragen der Geld- und Finanzpolitik, wie z.B. das Privileg der Giralgeldschöpfung durch private Geschäftsbanken oder die Abschaffung des Trennbankensystems wurde nie - unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit - demokratisch entschieden.

FPÖ: Den Ausbau der direkten Demokratie sehen wir positiv und setzen uns schon lange dafür ein. Die angeführten Beispiele sind aber dafür aus unserer Sicht eher ungeeignet.

GRÜNE: Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihr Sekundärmandat, zur Verwirklichung der Ziele der Union beizutragen, weiter als bisher auslegt. Dies würde den Weg frei machen für eine stärkere Diversifizierung der Zentralbankaktivitäten, etwa für die Einführung von „grünen Kapitalanforderungen“ und einer resilienten digitalen Infrastruktur.

NEOS stehen positiv zur Nutzung direktdemokratischer Instrumente, sofern sie zu einer sachlichen und konstruktiven Auseinandersetzung beitragen und nicht zu Populismus oder kurzfristigen Entscheidungen führen.

KPÖ: siehe Frage 1.